

US-Steuerreform „Deutlich attraktiver“



Clemens Fuest, 49, Präsident des Münchner Ifo-Instituts, über die Folgen der Neuregelung für deutsche und amerikanische Unternehmen

SPIEGEL: Apple zahlt wegen der Steuerreform von US-Präsident Donald Trump etliche Milliarden Steuern nach. Sind die USA auf dem Weg zur Steueroase?

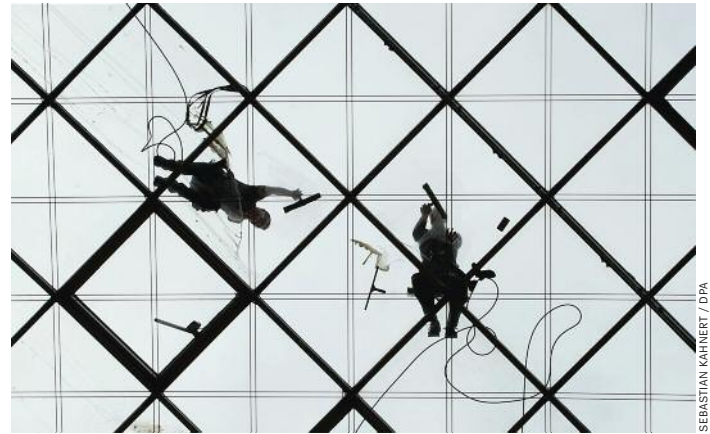
Fuest: Apple hat 250 Milliarden Dollar im Ausland gehortet und wird darauf in den USA nun 38 Milliarden Dollar Steuern zahlen. Ein Teil des verbleibenden Geldes will Apple in den USA investieren und dort 20.000 Arbeitsplätze schaffen. Obwohl es möglich ist, dass die Arbeitsplätze auch ohne die Reform entstanden wären, ist klar: In den USA zu investieren und dort Gewinne auszuweisen ist deutlich attraktiver geworden.

SPIEGEL: Rechnen Sie damit, dass wegen der ansprechenden Steuersätze von 21 Prozent auch deutsche Firmen vermehrt in den USA investieren werden?

Fuest: Deutsche Firmen haben nun starke Anreize, vor allem profitable Investitionsprojekte und wertvolle Patente in die USA zu verlagern. Erfahrungen mit bisherigen Steuerreformen zeigen, dass diese Anreize auch wirken.

SPIEGEL: Soll die künftige Bundesregierung auf die neue Runde im Steuerwettbewerb reagieren, und wenn ja, wie?

Fuest: Deutschland will den Steuerwettbewerb nicht anheizen, aber hinzunehmen, dass Firmen und Jobs abwandern, ist nicht sinnvoll und wird den Steuerwettbewerb nicht stoppen. Deutschland sollte maßvoll reagieren und die Steuerbelastung von rund 30 auf 25 Prozent senken. Das wäre der Steuersatz, den auch Frankreich angekündigt hat. rei



Fensterputzer bei der Arbeit

SEBASTIAN KAHNERT / DPA

Mindestlohn Lücke am Bau

Arbeitnehmern am Bau und in der Gebäudereinigung drohen zu Jahresbeginn empfindliche Einkommensverluste, weil die Mindestlöhne in ihren Branchen derzeit nicht mehr gelten. Bau und Gebäudereinigung gehören zu neun Branchen, deren tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz per Verordnung durch das Bundesarbeitsministerium (BMAS) für alle Betriebe für verbindlich erklärt werden können – unabhängig davon, ob sie einen Tarifvertrag haben oder nicht. Doch in beiden Branchen ist diese Allgemeinverbindlichkeitserklärung mit den alten Tarifverträgen zum Jahresende ausgelaufen, eine neue Verordnung noch nicht in Kraft. Die Folge: Firmen, die nicht an Tarifverträge gebunden sind, können ihren Beschäftigten nun den gesetzlichen Mindestlohn

von 8,84 Euro zahlen. Zum Vergleich: Die tarifliche Untergrenze für Reinigungskräfte liegt im Osten bei 9,55 Euro und im Westen bei 10,30 Euro. Die Mindestlöhne am Bau beginnen bei 11,75 Euro.

Weil sich die Verhandlungen zu den neuen Tarifverträgen lange hingen, stellten IG Bau und Arbeitgeber die entsprechenden Anträge für eine neue Rechtsverordnung beim BMAS erst Mitte November und Anfang Dezember. „Wir erwarten, dass die Allgemeinverbindlichkeit trotz einer lediglich geschäftsführenden Bundesregierung zügig erklärt wird“, sagt IG-Bau-Chef Robert Feiger. Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung dürften nicht zulasten der Beschäftigten gehen.

Das Bundeskabinett wird sich voraussichtlich am 21. Februar mit den Mindestlöhnen befassen – erst danach kann das BMAS die neuen Tariflöhne wieder für allgemeinverbindlich erklären. mad

Finanzanlagen Hebelpapiere alarmieren Aufsicht

Die britische Finanzaufsicht FCA warnt vor sogenannten Differenzkontrakten, die auch hierzulande beliebt sind. Mit diesen CFDs können Investoren mit eigenem und geliehenem Geld auf Kursänderungen von Wertpapieren wetten, ohne diese zu halten. Als Sicherheit muss lediglich

ein Bruchteil des Basiswerts hinterlegt werden. Hohe Gewinne sind möglich, aber auch Totalverluste. Die britische Finanzaufsicht nahm ein Jahr lang 34 Anbieter von CFDs für Privatanleger unter die Lupe, die Ergebnisse sind teils alarmierend. Im Untersuchungszeitraum machten 76 Prozent der Anleger Verluste. Viele Anbieter prüften zu nachlässig, ob ihre Kunden erfahren genug seien. baz



Exportautos im Hamburger Hafen

THIES RAETZKE / LAIF

Jahreswirtschaftsbericht Der Boom geht weiter

Die Bundesregierung rechnet im neuen Jahreswirtschaftsbericht für 2018 mit einem Wachstum von 2,3 Prozent. Im Herbst hatte sie noch ein Plus von nur 1,9 Prozent prognostiziert. Wegen der guten Konjunktur werde sich auch die Beschäftigung weiter günstig entwickeln. Die

Experten aus dem federführenden Wirtschaftsministerium erwarten etwa eine halbe Million neue Jobs. Die Zahl der Beschäftigten dürfte demnach auf einen neuen Rekordstand von rund 45 Millionen steigen. Bis zur offiziellen Vorstellung des Berichts in der übernächsten Woche könnten sich die Zahlen noch leicht verändern, allerdings eher zum Besseren, heißt es in den beteiligten Ressorts. rei